

den Funktionären des Staatsapparates und der Handwerkskammer sowie der Arbeitsgruppe Mittelstand beim Ausschuß der Nationalen Front.

Das hatte zur Folge, daß die Einflußnahme auf die politische und ökonomische Entwicklung der bereits bestehenden Handwerker-Produktionsgenossenschaften nicht gewährleistet und auch keine gemeinsame massenpolitische Arbeit unter den Handwerkern gegeben war.

Die Auseinandersetzungen mit den Handwerkern zur Gewinnung für die Bildung weiterer Produktionsgenossenschaften wurden meist losgelöst voneinander geführt, zum Beispiel bei der Agitation durch die Arbeitsgruppe Mittelstand beim Ausschuß der Nationalen Front - das war die eine Seite in der Abteilung örtliche Wirtschaft beim Staatsapparat überließ man das einfach einem Genossen Sachbearbeiter; es war nicht die Frage des gesamten Rates und wurde nicht in den Mittelpunkt der Abgeordnetenversammlungen gestellt.

Bei der Festlegung von Maßnahmen zur Überwindung dieser Mängel gingen wir davon aus, daß in Erfurt 2387 Handwerksbetriebe mit 10 788 Beschäftigten bestehen, die eine Gesamtproduktion von 115 Millionen DM haben. Die Anzahl der dort Beschäftigten ist die gleiche wie in den vier größten Betrieben „Optima“, „Funkwerk“, „Henry Pels“ und „Paul Schäfer“. Dort ist also eine große Masse von Menschen konzentriert, die es gilt, über die Genossenschaft auf den sozialistischen Weg zu bringen.

Wir orientierten uns besonders auf die Gewinnung des Bauhandwerks und des Baunebengewerbes, die zur Zeit 25 Prozent der Bauaufgaben der ganzen Stadt durchführen.

Zur Koordinierung der Arbeit wurden unter der Federführung des Staatsapparates nach einer Aussprache im Blöde der demokratischen Parteien und Massenorganisationen für die ganze Stadt und für die Stadtbezirke Arbeitsgruppen gebildet, denen die Vertreter der Blockparteien, des Staatsapparates und der Handwerkskammer angehören. Und diese Arbeitsgruppen arbeiten eng mit der Arbeitsgruppe Mittelstand beim Ausschuß der Nationalen Front zusammen. Diese Arbeitsgruppen führen Aussprachen mit den Vorständen der Produktionsgenossenschaften durch, in denen über die Fragen der politischen und ökonomischen Entwicklung sowie der innergenossenschaftlichen Demokratie beraten wird.